

Stenographischer Bericht

27. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 2. Mai 1922.

Inhalt:

Mitteilungen:

Zuschrift des Bezirksgerichtes Stainz, betreffend die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Franz Kaspar	782
Zuschrift des Bezirksgerichtes Graz, betreffend die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Raimund Riemelmojer	782

Aufgabe:

Beilagen Nr. 281—287	782
----------------------	-----

Zuweisungen:

Zuschrift des Bezirksgerichtes Voitsberg, betreffend die strafgerichtliche Verfolgung des Abg. Peter Griepertinger	782
Zuschrift des Bezirksgerichtes Graz wegen Rückstellung des Strafaktes gegen den Abg. Karl Schifko an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß	782
Beilage Nr. 281 an den Straßen- und Brückenbauausschuß	782
Beilage Nr. 282 an den Landeskulturausschuß	782
Beilagen Nr. 283 und 284 an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß	782
Beilagen Nr. 285, 286, 287 an den Finanzausschuß	782
Beilage Nr. 218 an die Landesregierung	782

Verhandlungen:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Forteinhebung der Landesumlagen.	
Berichterstatter Abg. Saloschnigg	783, 791
Redner: Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz	783, 792
Abg. Reichin	784, 794
„ Gföller	787
Landesrat Refel	793, 796
Abg. Krawagna	795
Annahme des Ausschußantrages	796

Mitteilungen des Vorsitzenden:

Anträge (siehe Verzeichnis).	
Anfragen (siehe Verzeichnis).	
Tagesordnung der nächsten Sitzung	797

Verzeichnis der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

Anträge:

Antrag der Abgeordneten Eigelberger, Regner, Pigl und Genossen, betreffend die Erklärung des Straßenzuges Zellweg—Weißkirchen—Obdach—Landesgrenze und der Straße Bölschach—Thalheim—Gurt als Bundesstraße.	
--	--

Anfragen:

Anfrage der Abgeordneten Griepertinger, Saringer und Genossen wegen Erhaltung der Bezirksstraßen im Bezirke Voitsberg.

der Abgeordneten Lang, Dr. Kammerer, Riemer, Kaspar und Genossen wegen der enormen Tarifierhöhung der Graz-Röflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft.

Beginn der Sitzung: 4 Uhr 20 Min. nachmittags.

Vorsitzender: Präsident Kölbl.

Schriftführer: Die Abgeordneten Dr. Otto Durgern, Johann Lechin, Raimund Riemelmoser und Franz Wibany.

Vorsitzender Präsident Kölbl: Hohes Haus! Ich eröffne die 27. Sitzung des Landtages.

Das Bezirksgericht Voitsberg hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Peter Griepertinger zugestimmt wird. Diese Anfrage wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen.

Das Bezirksgericht Stainz hat um Rückstellung des Strafaktes gegen den Landtagsabgeordneten Franz Kaspar ersucht. Diesem Ersuchen wurde entsprochen, weshalb eine Beschlußfassung über die Anfrage wegen Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des genannten Abgeordneten entfällt.

Das Bezirksgericht Graz hat um Rückstellung der Akten über die Privatanklage gegen den Herrn Abgeordneten Schisko zur Prüfung der Verjährungsfrage ersucht. Dieses Schreiben wird dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse zugewiesen.

Ferner hat das Bezirksgericht Graz mitgeteilt, daß das Verfahren gegen den Abgeordneten Herrn Raimund Riemelmoser wegen eingetretener Verjährung mit der Einstellung seine Erledigung gefunden hat.

Aufgelegt wurden heute die Beilagen Nr. 281 bis 287.

Zugewiesen werden die Beilagen [(verliest die Überschriften):

Nr. 281 dem Straßen- und Brückenbauausschusse;

Nr. 282 dem Landeskulturausschusse;

Nr. 283 und 284 dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse;

Nr. 285, 286 und 287 dem Finanzausschusse.]

Ferner habe ich mitzuteilen, daß der Landeskulturausschuß zufolge Beschlusses vom 17. März 1922 ersucht, den Antrag der Abgeordneten Riegler,

Winkler und Genossen, Beilage Nr. 218, auf Schaffung einer Landwirtschaftskammer für das Land Steiermark, der Landesregierung zuzuweisen.

Nach § 29 der Geschäftsordnung wird die beantragte Änderung dieser Zuweisung veranlaßt.

Aus dem übrigen heute den Ausschüssen zugestellten Einläufe glaube ich erwähnen zu sollen:

Die Postdirektion für Steiermark hat zu dem Beschlusse des hohen Landtages vom 21. Februar 1922, betreffend Verbesserung der Postverbindungen auf dem flachen Lande, eine Äußerung erstattet, die dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zur Kenntnis gebracht wurde.

Zur Ersparung der Drucksorten wurden dem Finanzausschusse der Bericht der Landesregierung, betreffend die Überweisung des Feuerwehrkinderfonds an den Landesverband für Feuerwehr- und Rettungswesen und ein Bericht der Landesregierung, betreffend die Gewährung eines Beitrages von 5 Millionen Kronen zum Wiederbefiedlungsfonds für das Jahr 1922 im kurzen Wege übermittelt.

Dem gleichen Ausschusse wurden als Petitionen zugewiesen: die von der Landesregierung dem Landtage zugestellte Eingabe des ehemaligen Brunnenarztes von Rohitsch-Sauerbrunn Sanitätsrat Doktor Josef Hoisel um Erhöhung seiner Gnadenpension, die Eingabe der Witwe des verstorbenen ehrenamtlichen Vorstandes des Landes-Kupferstichkabinetts Dr. Franz Wibiral namens Eugenie Wibiral um Weitergewährung ihrer Gnadenpension und die Eingabe des Hilfsämterdirektors Josef Rolke um Bemessung seiner Pension nach der 16. Besoldungsgruppe.

Endlich wurde dem Finanzausschusse eine an das Landtagspräsidium gerichtete Zuschrift der Kärntner Landesregierung wegen Aufteilung des Valutagewinnes von der Holzausfuhr zur Kenntnis gebracht.

Dem Landeskulturausschusse wurde ebenfalls im kurzen Wege ein Bericht der Landesregierung wegen Errichtung der Stelle eines Genossenschaftsinstruktors zugefertigt.

Dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse wurde eine Eingabe der Stadtgemeinde Graz wegen Ab-

änderung des heute zugewiesenen, in Landtagsbeilage Nr. 284 enthaltenen Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Steckschilderabgabe, zugewiesen;

ferners als Petition Nr. 106 die von der Landesregierung vorgelegte Eingabe der Stadtgemeinde Graz um Bewilligung zur Aufnahme einer schwebenden Schuld von 300 Millionen Kronen;

endlich die von 62 Gemeinden eingebrachten Petitionen um Weiterbelassung der Landes-Siechenanstalt in Hartberg.

Ist gegen diese Zuweisungen etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Wir schreiten nunmehr zur Tagesordnung; als einziger Punkt steht auf derselben der mündliche Bericht des Finanzausschusses, betreffend die vorläufige Weitererhebung der Landesumlagen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Saloschnigg.

Berichterstatter des Finanzausschusses **Saloschnigg** (von der Rednerbühne): Hohes Haus! Der Landtag hat mit Rücksicht auf die zu erwartende Auseinandersetzung der finanziellen Verhältnisse zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ein Budgetprovisorium bis Ende April 1922 beschlossen. Nun ist am 3. März dieses Jahres das Finanzverfassungsgesetz erschienen, welches aber schwere Mängel aufweist und einen großen Widerstand bei den Ländern und Gemeinden gefunden hat. Dieser Widerstand ist bei der letzten Länderkonferenz am 19. April einmütig zum Ausdruck gekommen und wurde dortselbst das Verlangen nach Abänderung des Finanzgesetzes gestellt. Am kommenden Montag wird über Einladung der Stadt Wien neuerdings eine Länderkonferenz zusammengetreten, um die entsprechenden Abänderungsanträge an die Nationalversammlung zu beschließen. Es müssen nun die Verhandlungen über die Bedeckungsfrage neuerdings von den Parteien aufgenommen werden und infolgedessen sieht sich der Finanzausschuß genötigt, im hohen Hause folgenden Antrag zu stellen (liest):

„Die auf Grund der Landtagsbeschlüsse vom 22. Dezember 1921 und 4. März 1922 für die Monate Jänner, Februar, März und April 1922 provisorisch eingehobenen Landesumlagen sind im gleichen Ausmaße provisorisch bis Ende Juni 1922 weiter einzuhoben.“

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongrafz**: Hohes Haus! Wir müssen zu unserm größten Bedauern feststellen, daß heute der Landtag zum dritten Male ein

Budgetprovisorium beschließen muß. Ein Provisorium ist immer ein großer Mißstand, nicht nur für die Landesverwaltung selbst, sondern auch für die Bevölkerung. Es können die Landesumlagen eben nur provisorisch eingehoben werden und in den Budgetprovisorien, welche wir bis jetzt beschlossen haben, ist nicht vorgesorgt, die Landesregierung auch zu ermächtigen, Ausgaben zu machen. Das Budgetprovisorium, welches wir am 4. März beschlossen haben, ist erst am 19. April, also 14 Tage vor seinem Abgange, publiziert worden und es ist wohl vorauszu sehen, daß auch das Provisorium, welches heute beschlossen werden wird, erst dann publiziert werden wird, wenn es vielleicht schon abgelaufen ist. Wenn in den letzten Jahren die Wirtschaft mit den Budgetprovisorien eingerissen ist, so konnte man sich immer darauf berufen, daß der Bund, welcher bisher die Steuerquellen, welche er den Bundesländern und Gemeinden zur Verfügung stellen will, noch nicht bezeichnet hat. Jedermann hat auch eingesehen, daß, solange dies nicht der Fall ist, man ein ordentliches Budget eigentlich gar nicht aufstellen kann. Seit Anfang März ist nun das Finanzgesetz erschienen und wir glaubten, daß es nun möglich ist, daß die Länder in die Lage versetzt werden, den Voranschlag aufzustellen und über die Bedeckung zu beschließen. Es hat bei uns den Anschein erweckt, als ob man den großen Abgang, den der Voranschlag aufweist — es sind dies etwas mehr als drei Milliarden — durch Einsetzung einer Ersparungskommission beseitigen könnte. Wir haben uns gegen die Einsetzung dieser Ersparungskommission prinzipiell nicht gewendet, weil ja immerhin die Möglichkeit vorhanden ist, daß auf manchem Gebiete gewiß etwas erspart werden kann. Es darf aber diese Ersparungskommission nicht mit Schlagworten arbeiten, sondern es muß sich eine solche Kommission in intensiver Weise mit der ganzen Verwaltung befassen und die Resultate können nicht in kurzer Zeit, sondern vielleicht erst nach Jahren wirksam werden. Wir haben zu diesem Projekte der Einsetzung einer Ersparungskommission auch Stellung genommen und erklärt, daß wir bereit sind, unsere Vertreter in diese Kommission zu entsenden. Es müssen jedoch vorher vom Finanzreferenten Vorschläge erstattet werden, welche die Sicherheit bieten, daß für dieses Jahr für die Bedeckung vorgesorgt ist. Nun hat der Herr Finanzreferent wohl ein Steuerprogramm vorgelegt, welches jetzt in den Klubs in Beratung steht. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir gerne bereit sind, an der Sanierung der Landesfinanzen mitzuwirken, aber wir müssen schon heute feststellen, daß einzelne dieser Steuern für uns vollständig unannehm-

bar sind und da ist es in erster Linie die geplante Getreide- und Mehlfsteuer, nach welcher 8 K per Kilogramm eingehoben werden sollen. Weiters die 2000-prozentige Auflage auf den Mietzins, die für uns vollständig unerträglich und unannehmbar ist. Wenn die Finanzen des Landes saniert werden sollen, so sind wir der Meinung, daß die erforderlichen Steuern dort zu holen sind, wo auch das Geld vorhanden ist und das ist bei den Agrariern (Oho-Rufe bei den Christlichsozialen und Bauernbündlern). Ja, dort müssen Sie die Steuern holen. Wenn die agrarischen Produkte um 2000 und mehr Prozente gestiegen sind (Abgeordneter Hartleb: „Und andere nicht?“) dann glaube ich wohl, daß auch jene die erhöhten Steuern zu zahlen haben im Verhältnisse zu dem, was sie im Frieden bezahlt haben. Im Frieden haben sie sehr wenig gezahlt, denn die Agrarier sind immer steuerseuer gewesen; im Frieden haben sie 2 Millionen Kronen aus der Umlage auf die Grundsteuer zum Landeshaushalt beigetragen und was zahlen sie heute? Wenn sie das Tausendfache für ihre Produkte verlangen, und sie verlangen ja oft mehr als das Tausendfache, dann zahlen sie auch tausendmal so viel Umlagen, das sind zwei Milliarden, da haben wir das Defizit gedeckt, wir lassen die Besteuerung der Bevölkerung mit den Umlagen auf die Lebensmittel einfach beiseite. (Abgeordneter Schreckenthal: „Was heben Sie denn Verzehrungssteuer ein?“) Jetzt muß es sich endlich einmal erweisen, ob die Länder aus eigener Kraft weiter bestehen können. Bisher sind Sie nur die Kostgänger des Bundes gewesen, haben in den Ländern kommandiert, aber keine Steuern bezahlt. Was zahlen Sie denn für Steuern? Einen Pappenstiel zahlen Sie. Sie zahlen nicht viel mehr als im Frieden, nehmen aber zweitausendmal mehr ein. Diejenigen, die das größte Interesse an der Länderautonomie haben, sollen auch ein bißchen mehr in den Säckel greifen, das sind die Agrarier. Wir sind bereit, mitzuwirken, aber nur auf einer Grundlage, die die schwachen Volkskreise schon und jene besteuert, die aus der Not des Volkes einen großen Gewinn ziehen, und das sind die Agrarier. Schauen Sie sich die Fleisch- und Viehpreise an, das ist der reinste Wucher, und da wagen Sie an die städtische Bevölkerung noch mit indirekten Steuern heranzutreten? Sie führen hier die Herrschaft, die Bauern befehlen, sie sollen auch bezahlen. Wir werden mit ganzer Entschiedenheit eintreten, daß jene Kreise zur Zahlung herangezogen werden, die zahlen können und die es haben und auch dazu verpflichtet sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Reichin: Hohes Haus! Jedes Budget ist natürlich bei der Beratung sehr unangenehm; vor allem für jene, die zur Bezahlung des Budgets beizutragen haben. Nun glauben wir ohne weiteres, daß bei der heutigen Geldwertung und bei den steigenden Ausgaben auch jeder Ausgleich des Budgets immer größere Schwierigkeiten bereitet. Man sollte doch erwarten, daß jene Personen, die dazu berufen sind, diesen Haushalt in Ordnung zu bringen, sich auch wenigstens bemühen, dieses zu tun, daß sie dafür sorgen, daß die Ausgaben in Einklang mit den Einnahmen gebracht werden; dafür sorgen, daß, wenn man Ausgaben macht, auch die nötigen Einnahmen geschaffen werden. Wenn man das Budget ansieht, so ist es in der letzten Zeit gewaltig gestiegen. Es ist gestiegen von einem Abgange von 227 Millionen im Jahre 1921 auf einen Abgang von rund 900 Millionen Kronen bei der ersten Veranschlagung des Budgets für das Jahr 1922. Damals hat schon der Herr Finanzreferent als der Führer einer der größten Parteien im Hause diesen ungeheuren Abgang gewußt. Man hätte erwartet, daß der Finanzreferent bei einer solchen Lage der Landesfinanzen im Finanzausschusse beständig anwesend gewesen wäre, daß er alle Parteien, die Erhöhung irgend welcher Posten beantragen, auf den Mangel oder das Nichtvorhandensein von Geld aufmerksam gemacht hätte. Daß er erklärt hätte, daß kein Geld vorhanden ist und es nicht möglich ist, diesen geforderten Bewilligungen nachzukommen. Er hätte die Parteien aufmerksam machen müssen, daß sie, wenn sie für ihre Zwecke Forderungen stellen, auch dafür sorgen sollen, daß das Geld beschafft werde; aber von all diesem war niemals im Finanzausschusse die Rede und vor allem war der Herr Finanzreferent nie bei allen Beratungen des Finanzausschusses gegenwärtig. Er war nur bei der ersten Sitzung zugegen, hat die Sache eingeleitet und hat sich gedacht, die Leute werden es schon machen. Was sie machen, war für ihn gar nicht ausschlaggebend, wäre das der Fall gewesen, hätte er mit mehr Ernst dafür gefrachtet, daß die Finanzen des Landes in Ordnung kommen, dann würde er stets anwesend gewesen sein und hätte alle Parteien auf die Folgen ihrer Beratungen und Beschlüsse aufmerksam gemacht. Nun wurde die Beratung des Finanzausschusses vertagt. Inzwischen sind die Ausgaben des Budgets ins Ungeheure gestiegen und der Abgang hat sich auf über 3 Milliarden Kronen erhöht. Nun wurde damals schon auf diesen Umstand hingewiesen und ich erkläre nochmals, vom Herrn Finanzreferenten hingewiesen, daß man die Ein- und Ausgaben nicht regeln kann, weil das

Bundesfinanzgesetz noch gar nicht geschaffen ist. Dabei hat er immer erklärt: Ihre Partei, die so lange in der Regierung gesessen hat, hat dieses Bundesfinanzgesetz nicht geschaffen. Sie ist schuld, wenn man die Ausgaben nicht bewilligen kann. Wenn das Bundesfinanzgesetz früher geschaffen worden wäre, so hätte man alles vorbereiten können, um die Ausgaben und Einnahmen in Einklang bringen zu können." Nun wurde uns im Februar dieses Jahres ein Deckungsplan vorgelegt, wonach alle Ausgaben und Einnahmen in Einklang gebracht werden sollten. Der Deckungsplan war nicht vollständig, er hat ungedeckte Posten von 1,3 Milliarden gelassen. Damals stand das Bundesfinanzgesetz vor dem Abschlusse. Man hat gewußt, daß vielleicht in 4 bis 5 Tagen das Bundesfinanzgesetz in der Nationalversammlung erledigt sein werde, und daß auf Grund desselben vielleicht doch ein vollständiger Deckungsplan aufzustellen möglich wäre, um die Einnahmen in Einklang mit den Ausgaben zu bringen. Damals haben wir erfahren, daß der Finanzreferent an eine vollständige Budgetierung des Landeshaushaltes gar nicht denkt. Er hat schon erklärt, wenn noch ein Abgang von 1,3 Milliarden vorhanden ist, so werden wir wieder zum Bunde betteln gehen und der Bund wird wieder das aus Bundesmitteln zuschießen, was wir für den Landeshaushalt so dringend und notwendig brauchen. Heute macht er die Ausrede, daß im Bundesfinanzgesetze steht, daß der Bund Abschlagszahlungen leistet. Aber diese Abschlagszahlungen, auf die sich der Herr Finanzreferent unter dem Beistande des Herrn Abgeordneten Schreckenthals ausgedeutet hat sind Abschlagszahlungen auf die den Ländern zufließenden Anteile an Steuern, aber nicht auf künftige Schulden, die der Herr Finanzreferent zu machen gedenkt, um das Budget auszugleichen. Damals, weil eine vollständige Beratung des Budgets nicht möglich war, beantragten wir, daß ein Budgetprovisorium auf zwei Monate geschaffen werde. Unsere Gegner, die Christlichsozialen, Deutschnationalen und Bauernbündler, haben ein Budgetprovisorium von drei Monaten beantragt. Es war charakteristisch, vom Herrn Finanzreferenten zu hören, daß wir daran schuld sind, wenn die endgültige Beratung des Budgets hinausgeschoben würde, weil wir ein zweimonatiges Provisorium beantragt haben. Er hat es aber verschwiegen, daß er es war, der ein dreimonatiges Provisorium beantragte, das heißt, die Beratung des Budgets noch viel weiter hinausgeschoben wissen wollte. Wenn wir diesen Antrag stellten auf Schaffung eines ein- bis zweimonatigen Budgetprovisoriums, so taten wir dies einzig und allein zu

dem Zwecke, damit der Landeshaushalt endgültig geregelt werde, daß man jene Steuern schafft, die erforderlich sind, um die Ausgaben zu decken. Wir wissen, daß im Lande doch nur allgemeine Ausgaben gemacht werden, Ausgaben, die der Gesamtbevölkerung ohne Unterschied der Klasse, des Standes oder der Wirtschaftsangehörigkeit zugute kommen. Aber daneben wird eine beträchtliche Ausgabe nur für die Landwirtschaft gemacht. (Zwischenrufe bei den Bauernbündlern: „Das ist ein Unsinn.“) Es sieht nicht so aus, als ob Sie mit weniger Unsinn belastet wären. Ich will doch bemerken, daß für die landwirtschaftlichen Ausgaben rund 60 Millionen Kronen mehr ausgegeben werden; uns hat es den Anschein, als wenn die Herren nie das Budget ansehen und die Zahlen nebeneinander reihen würden, um zu ersehen, was für die notwendigen Dinge, die das Land braucht, ausgegeben wird. Wenn Sie die Zahlen vergleichen würden, dann würden Sie nicht von Unsinn sprechen, dann müßten Sie zugeben, daß die Ziffern richtig sind und stimmen. Im übrigen scheint es so zu sein, daß sich bei dieser Sache immer nur die Bauernbündler aufregen, um als Schreckgespenst auf die Christlichsozialen zu wirken. Nun hätten wir aber doch erwartet, daß jetzt endlich irgendwie von Seite der Herren dafür gesorgt werde, daß diese Ausgaben bilanziert werden, daß auch die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang gebracht werden. Wir sehen auch heute, daß die Ausführungen unseres Parteigenossen Breitner auf der Länderkonferenz vom Herrn Finanzreferenten zum Rettungsanker gemacht wurden. Weil er in der Länderkonferenz aus ganz anderen Gründen, als wie der Finanzreferent, gegen das Bundesfinanzgesetz Einspruch erhoben hat, hängt sich der Finanzreferent des Landes Steiermark an die Ausführungen des Finanzreferenten der Stadt Wien, um dann zu sagen, schaut, das Bundesfinanzgesetz ist schlecht, selbst die Sozialdemokraten erklären es, daß es schlecht ist, und weil es schlecht ist, deswegen können wir zum endgültigen Abschlusse der Landesfinanzen nicht kommen, müssen die Beratungen wieder verschieben. Ich glaube, daß viel weniger die Ursache der Verschiebung der Beratungen darin liegt, daß nach Auffassung des Finanzreferenten das Bundesfinanzgesetz schlecht ist, sondern vielmehr darin liegt, daß er immer wieder versucht, so viel wie möglich die eigenen Kreise, die landwirtschaftlichen Kreise von Steuern zu verschonen. Einzig und allein um eine Parteifrage handelt es sich bei dem Herrn Finanzreferenten, der sich die Frage stellt: Wie sollen die Ausgaben gedeckt werden, ohne die landwirtschaft-

lichen Kreise zu belasten, sich aber auch die Konkurrenz der Bauernbündler vom Halse zu halten. Würden Sie diese Bauernbündler nicht zu fürchten haben, dann würden Sie eher zur Erkenntnis kommen, daß auch die landwirtschaftlichen Kreise analog der ungeheuren Steigerung der Preise ihrer Produkte zu den Steuern in einem höheren Grade beitragen müßten. Mein Genosse Pongraz hat schon ausgeführt, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte weit mehr als um das Zweitausendfache gestiegen sind, während die Steuern, welche die landwirtschaftlichen Kreise tragen, in diesem Maße nicht gestiegen sind. Die Landwirte sind es ja, welche immer sagen, die Preise müssen den Weltmarktpreisen angepasst werden und besonders der Herr Abgeordnete Harleib hat von den Weltmarktpreisen für die landwirtschaftlichen Produkte wiederholt gesprochen. (Widerspruch.) Ich wundere mich nur, daß der Herr Abgeordnete Harleib nicht auch sagt, daß auch die Steuern dem Weltmarktpreise angepasst und dementsprechend erhöht werden müssen. Nun, der Herr Abgeordnete Harleib wird ja wissen, wie die landwirtschaftlichen Produkte in der letzten Zeit gestiegen sind und wir wissen auch aus den Beratungen im Landeskulturausschusse, daß gerade er es gewesen ist, der bei der Freigabe der Milch sofort darauf bedacht gewesen ist, ob dann auch die Milch ungehindert an die Kaffeehäuser geliefert werden kann, weil er dort höhere Preise als von den städtischen Konsumenten zu bekommen hofft. Sie verlangen für die agrarischen Produkte die Anpassung an den Weltmarktpreis, andererseits wollen Sie aber einen großen Lärm schlagen, wenn wir verlangen, daß auch Ihre Steuern dem Weltmarktpreise angepasst werden. Für uns ist es feststehend, daß die Christlichsozialen und die Bauernbündler gegen die Belastung der städtischen Bevölkerung durch hohe Preise der landwirtschaftlichen Produkte keinen Einspruch erheben, sondern dabei eines Sinnes sind, obwohl beide auch Teile der städtischen Bevölkerung vertreten. (Zwischenrufe.) Nun hätten wir erwartet, daß der Herr Finanzreferent doch irgendwie ernstlich bedacht wäre, daß die Ausgaben auch mit den Einnahmen in Einklang gebracht werden. Heute sehen wir, daß er sich an unseren Genossen Breitner anhängt und sagt, wir müssen wieder warten. Was hat das für eine Folge für das Land? Ich war es nicht allein im Finanzausschusse, der diese Frage aufgeworfen hat, ob nicht die Regierung kontrollos wirtschaftet, sondern es war auch Kollege Dr. Dungen. Wohin kommen wir mit unserer Wirtschaft, wenn wir über-

haupt nicht wissen, wohin das Geld kommt, welche Ausgaben gemacht werden und Herr Professor Dungen hat ja heute im Ausschusse gesagt, die Landesregierung macht was sie will. Und, meine Herren, es ist charakteristisch für den Finanzreferenten, daß von ihm der Versuch gemacht wurde, einen Exlerzustand zu schaffen, der jedoch von unserem Genossen Pongraz dadurch verhindert wurde, daß er in der Obmännerkonferenz beantragte, daß ein weiteres Budgetprovisorium geschaffen werde.

Meine Herren! Dem Herrn Finanzreferenten ist der Exlerzustand deshalb lieber, weil er für die nächste Zeit freie Hand haben will. Er hat die freie Hand verlangt, damit er mit dem Gelde machen könne, was ihm beliebt, um die ganze Wirtschaft des Landes so zu führen, wie er will, ohne Kontrolle und ohne Einspruch seitens des Landesrates und des Landtages. Da dies unsere Partei nicht zulassen konnte, so wurde von unserem Parteigenossen Pongraz ein Budgetprovisorium beantragt. Nun stellen Sie sich einen Exlerzustand vor, in welchem der Herr Finanzreferent Prisching im Einverständnis mit seiner Partei mit den Steuergeldern machen kann, was er will, das würde dann eine Finanzwirtschaft sein, die sich sehen lassen kann. Denken Sie dann an die weiteren Folgen, an die volkswirtschaftlichen Folgen dieser ganzen Finanzpolitik. Im Bunde sitzt ein christlichsozialer Finanzminister und dieser wäre ja eigentlich verantwortlich dafür, daß das Bundesfinanzgesetz nicht nach dem Geschmacke des Herrn Finanzreferenten Prisching ausgefallen ist. Vielleicht hat er selbst dem Finanzminister Gürkler schlechte Winke gegeben, hätte er seinen Parteigenossen besser beraten können, als dies scheinbar geschehen ist. Nun hat sich der Bundesfinanzminister Dr. Gürkler doch bemüht, vielleicht unter dem Drucke der sozialdemokratischen Partei (Abgeordneter Harleib: „Dr. Bauer!“), ich glaube, er ist sicher befähigter und berufener als Sie, endlich doch einmal einigermaßen die Finanzen des Bundes zu regeln und dies war um so mehr notwendiger, als davon heute zum großen Teile der Wechselkurs abhängig ist. Denn, wenn die Bundesfinanzen schlecht sind oder schlechter werden, dann wird auch der Wechselkurs immer mehr herabgedrückt und dadurch unsere Volkswirtschaft im bösesten Sinne beeinflusst. Die Folge ist eine bedeutende Steigerung der Löhne der Arbeiter und Gehälter der Angestellten. Ich gebe ja zu, daß das für Sie noch mehr Anlaß wäre, über die hohen Löhne der Arbeiter zu schimpfen, was aber der Diebsmethode gleicht, die da rufen läßt: „Haltet

den Dieb!", damit sie selbst nicht erwischt werden. (Zwischenruf: „Sie haben uns nichts vorzuwerfen!") Sie schimpfen immer über die hohen Löhne der Arbeiter und Gehälter der Angestellten, dabei verschweigen Sie aber, daß Sie selbst die Urheber dieser Löhne sind, die für zahlreiche kaum genügen, um ein einfaches Leben führen zu können. Ich frage Ihre nächsten deutschnationalen Parteifreunde, die ja einen Teil der armen Beamten vertreten, ob diese die hohen Gehälter, die sie heute beziehen, nicht wieder ausgeben müssen für die ungeheuer hohen Preise, die ihnen von Ihren engsten Freunden diktiert werden. Nun hätten wir erwarten können, nachdem der Bundesfinanzminister versucht hat, die Bundesfinanzen in Ordnung zu bringen, daß auch das Land daran geht, seine Finanzen zu ordnen, neue Steuern zu schaffen, die dazu notwendig sind. Da, meine Herren, haben wir uns gewaltig getäuscht. Wir sehen zwar, daß der Herr Finanzreferent in seinen Bedeckungsplänen einige Ziffern eingestellt hat, aber diese scheinen von derselben geistigen Qualität zu sein, wie die Ziffern einer Greislerin. Man kann damit nichts anfangen, sie haben weder eine Berechtigung, noch sind sie verlässlich, sondern sind schlangweg angenommene Ziffern, damit einigermaßen die Ausgabeposten im Budget bilanziert erscheinen. Man wundert sich, daß der Herr Finanzreferent nicht den Versuch gemacht hat, doch einigermaßen auch die landwirtschaftlichen Kreise zu belasten und nur ausschließlich an die Besteuerung der städtischen Bevölkerung, ausschließlich der Industrie und der Konsumenten dachte. Ist doch nirgends zu finden, daß er die ländliche Bevölkerung in demselben Ausmaße besteuern will. (Zwischenrufe.) Ich bitte, ich verstehe, wenn Sie Protest erheben gegen eine allzu hohe Grundsteuer, aber wir könnten ja die Grundsteuer abstufen, daß der Kleinbauer, und um den scheint es Ihnen ja vornehmlich zu tun zu sein (Zwischenrufe), weniger Grundsteuer bezahlt als der Großbauer. Die Großagrarier haben doch ein entsprechendes Einkommen und diese könnten die Steuer entsprechend dem Weltmarktpreise ihrer Produkte bezahlen. Damit kommen Sie in die Lage, nicht nur den Weltmarktpreis für Ihre Produkte zu verlangen, sondern auch Ihre Steuern nach dem Weltmarktpreise zu entrichten. Es hat den Anschein, daß eigentlich im Lande alles in Ordnung ist. Herrscht doch bei der ganzen Budgetberatung volle Ruhe. Man müßte daher zu der Annahme kommen, daß im Lande eine glänzende Wirtschaft herrscht und daß das Land im Gelde schwimmt. Aber dem ist nicht so. Wissen wir ja, daß das Land beständig in der Klemme ist, daß

es in Schulden schwimmt, daß es von einem Monat zum andern nicht weiß, wie die Gehälter der Beamten aufzubringen sind. In diesem ernstesten Zustande glauben wir, daß die größte Partei des Hauses, die christlichsoziale, die doch sicherlich einige Finanzgenies in ihren Reihen hat, die mit der Steirerbank in Verbindung stehen, mit einem Institut, welches doch mit Finanzen einigermaßen zu tun hat, es verstehen werden, Gelder für das Land aufzubringen. Aber von dem ist keine Rede und ich kann Ihnen sagen, daß wir Sie anklagen, wenn es in diesem Lande einmal zu einer finanziellen Katastrophe kommt, Sie sind die Schuldigen und auch Sie fragen die Schuld, wenn heute oder morgen die Beamtengehälter nicht ausbezahlt werden können. Sie sind schuldig, wenn heute oder morgen nicht jene Ausgaben geleistet werden können, welche unbedingt notwendig sind, weil Sie unter Führung des Finanzreferenten, Ihres Parteigenossen, nichts getan, keinen Schritt unternommen haben, um die finanziellen Verhältnisse des Landes zu regeln und dafür zu sorgen, daß neue Steuern geschaffen werden, die erforderlich sind. Sie werden uns zwar vorwerfen, daß wir Sie verhindert haben, aber es ist doch selbstverständlich, daß wir für Sie nicht die Kastanien aus dem Feuer holen werden, daß wir nicht dazu da sind, um die Stimmen aufzubringen, damit Sie Ihr Budget in Sicherheit bringen. Wir haben das Recht und die Pflicht, unseren politischen Interessen hier im Lande Geltung zu verschaffen. Deshalb dürfen Sie nicht glauben, daß wir ohne weiteres gewillt sind, dem Budgetprovisorium ohne irgend ein Wort zuzustimmen. Wir müssen der großen Öffentlichkeit sagen, daß Sie, die Christlichsozialen mit den bürgerlichen Parteien, also die Mehrheit des Hauses schuld sind, wenn die heutige Finanzwirtschaft sich in einem solchen Zustande befindet, wenn heute oder morgen die ganze Finanzwirtschaft zusammenbricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Gföller: Meine Damen und Herren! Der Herr Referent des Finanzausschusses hat das Budgetprovisorium, das auf weitere zwei Monate erstreckt werden soll, einbegleitet mit der Begründung, daß das Bundesfinanzgesetz großen Widerstand bei den Ländern und Gemeinden gefunden habe, und daß kommenden Montag eine neuerliche weitere Beratung stattfinden werde, bei welcher die Wünsche der Länder und Gemeinden dem Bunde bekanntgegeben werden sollen. Das sei der Grund, warum der Finanzreferent dieses Landes nicht imstande sei, ein ordnungsmäßiges Budget zu bestellen und warum die Mehrheit gezwungen sei, ein neuerliches zweimonatiges

Budgetprovisorium zu beanspruchen. Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir die Bemerkung, daß ich sehr erstaunt darüber bin, wie bescheiden die Mehrheit dieses Hauses ist, daß diese Begründung genügt, um dem Finanzreferenten dieses Hauses neuerlich für zwei Monate das Schicksal dieses Landes anzuvertrauen, einem Finanzreferenten, der, wie wir von meinem Genossen Reich in gehört haben, den Mut und — ich muß mir schon zu bemerken erlauben — die Frivolität aufgebracht hat, zu sagen, daß er wünscht, darüber freie Hand zu haben. Das kann man nur dahin deuten, daß der Herr Finanzreferent nicht beengt sein will durch die Wünsche des Landtages und weiters wünscht, souverain über die Finanzen des Landes zu walten. Meine Herren, wenn Sie sich damit begnügt hätten, nur durch ein einmonatiges Budgetprovisorium dieses unbegrenzte und maßlose Vertrauen Ihrem Finanzreferenten entgegen zu bringen, sowohl die Großdeutschen wie die Bauernbündler und die eigene Partei des Herrn Finanzreferenten, so würde ich das etwas eher begreiflich gefunden haben, aber daß Sie gleich von vornherein auf das schöne Gesicht des Herrn Finanzreferenten hin, sich dafür entschließen, ihm einen Kredit für zwei weitere Monate zu geben, da muß ich doch sagen, das ist schließlich im Interesse unseres Landes als sehr bedauerlich auch von den Mehrheitsparteien dieses Hauses zu betrachten. Wir müssen uns doch sagen, daß seinerzeit immer die Rede davon gewesen ist, daß man so viel als möglich sich vor Finanzprovisorien hüten soll und man bestrebt sein muß, geordnete Verhältnisse zu schaffen und ein ordentliches Budget in den nächsten Jahren wieder zu erstellen. Wir geben ohne weiters zu, daß die Verhältnisse stärker als wir waren, stärker als der gute Wille unseres Finanzreferenten, aber wir müssen doch sagen, daß die Finanzverhältnisse in diesem Jahre nicht mehr in dem Maße das Hindernis sein können, wie im vergangenen Jahre, daß ein ordentliches Budget erstellt werden könnte. Zumindest wäre nach dem Bundesfinanzverfassungsgesetz die Möglichkeit vorhanden gewesen, ein ordentliches Budget dem hohen Landtage vorzulegen und ich muß mir schon gestatten, zu bemerken, ich sehe es für eine Mißachtung der Bewohnerschaft dieses Landes an, die sowohl die Mehrheitsparteien dieses Hauses, als der Finanzreferent ihr entgegen bringen, indem Sie das Bundesfinanzverfassungsgesetz noch immer nicht für genügend erachten, um Ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der Bevölkerung nachzukommen. Ich bin fest überzeugt, daß die Wähler, zumindest der größte Teil der Wähler des Herrn Finanzreferenten ihm das

unbegrenzte größte Vertrauen schenkt und es wäre das durchaus keine Vertrauensfrage. Der Herr Finanzreferent hätte sein Amt so zu führen, daß er darüber Rechenschaft ablegt der gesamten Bevölkerung des Landes Steiermark, dadurch, daß er dem Landtage über seine finanzielle Tätigkeit berichtet und sich bemüht, ein ordentlich genehmigtes Budget vom Landtage zu erhalten. Ich muß sagen, ich muß neuerdings meinem maßlosen Ersauern darüber Ausdruck geben, daß eine Partei wie die christlichsoziale Partei, die sich eine Volkspartei nennt, daß die es wagt, die Bevölkerung so an die Wand zu drücken, als nicht vorhanden zu betrachten, daß es ihr genügt, wenn die eigene Partei und zwei andere Parteien dieses Hauses im stillen Kämmerlein oder im Finanzausschusse ihre Zustimmung zu einem Budgetprovisorium geben, das schließlich in einer Sitzung des Landtages so sang- und klanglos verhandelt wird, als ob es sich um eine Bagatelle handle und nicht um die Finanzen des Landes Steiermark. Wir sind der Auffassung, daß man gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber der Bevölkerung so viel Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl aufzubringen hat, daß man die Öffentlichkeit über die Finanzen des Landes auch informiert. Wenn man den Herrn Finanzreferenten beobachtet, wie es ihm beliebt, die Bevölkerung zu informieren, so muß man sagen, daß dies leicht zu treffen ist, und daß ein großes Stück Mut dazu gehört, diese Art Information zu geben. Wenn bisher über Provisorien zu beraten war, so war die Sache so, daß sich der Herr Finanzreferent begnügt hat, eine fünf Minuten lange Erklärung abzugeben oder einfach gar nichts zu sagen und neuerdings waren ihm die Finanzen des Landes anvertraut. Wir finden in allen übrigen öffentlichen Körperschaften, daß die Finanzreferenten so viel Gewissenhaftigkeit aufbringen, daß sie bei Budgetprovisorien auch diese einbegleiten, daß sie begründet werden, daß sie nachweisen, wie die Finanzgebarung in der vergangenen Zeit gewesen ist, damit auch die zuständige Stelle, der Landtag, der der Bevölkerung verantwortlich ist, unterrichtet wird, von dem, was geschieht. Haben Sie das vom Herrn Finanzreferenten Prisching einmal gehört, außer in der Form wie ich es gesagt habe? Ich finde, daß das eine unverantwortliche Handlungsweise gegenüber der Bevölkerung bedeutet, denn schließlich ist auch die Bevölkerung dieses Landes im Recht, wenn sie vom Finanzreferenten des Landes Aufklärung verlangt über die Finanzen des Landes und sie wäre berechtigt, von ihren Abgeordneten zu verlangen, ihr zu berichten, wie es mit der Finanzlage, mit der Wirtschaft im

Landes aussieht. Nun hören wir hier und da, daß die Herren der großdeutschen Partei hinter verschlossenen Türen, in geschlossenen Versammlungen murren über die Tätigkeit des Finanzreferenten des Landes. Wir hören, daß da verschiedene Beschwerden vorgebracht werden, aber wir haben nicht einmal gesehen, oder doch nur äußerst selten, daß einer dieser Herren auch an der zuständigen Stelle den Mut fände, diese Bedenken zu äußern und das wäre hier in diesem Landtage, der dazu da ist, vom Finanzreferenten Aufklärung zu verlangen, daß einer dieser Herren hier seine Beschwerden vor der Öffentlichkeit vorbringt, damit der Finanzreferent Gelegenheit hätte, Antwort und Aufklärung zu geben, auf daß die übrige Bevölkerung erfahre, wie es um diese angeblichen Beschwerden und um diese Dinge beschaffen ist, die den Großdeutschen nicht behagen. Uns behagt die Finanzwirtschaft des Herrn Finanzreferenten ebenfalls nicht, das hat mein Genosse Leichner sehr ausdrücklich dargelegt und wir sind nicht in der Lage, dem Finanzreferenten jenes Maß von Vertrauen entgegen zu bringen, das ihm die übrigen Parteien des Hauses entgegenbringen. Und aus diesem Grunde ist es uns unmöglich, ihm wiederum stillschweigend freie Hand im gewünschten Ausmaße für weitere zwei Monate zu gewähren. Wir sind der Auffassung, daß wir moralische Pflichten gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen haben, und daß wir verpflichtet sind, den Herrn Finanzreferenten zu fragen, wie es um die Finanzwirtschaft des Landes bestellt ist und warum er nicht beabsichtigt, endlich eine ordnungsmäßige Finanzgebarung einzuführen. Der Herr Finanzreferent komme uns nicht mit der Ausrede, es sei nicht möglich mit Rücksicht darauf, daß irgend eine Konferenz Wünsche vorzulegen hat, und daß irgend welche Forderungen erhoben werden sollen. Das kann nicht die Basis für die Tätigkeit eines Finanzreferenten sein. Die Basis für den Finanzreferenten ist vor allem das Gesetz. Er, als Landesrat, als einer der obersten Vertrauensleute im Lande, hätte die Pflicht, die bestehenden Gesetze zu beobachten und für ihn gibt es vor allem in seinem Ressort nur das Bundesfinanzverfassungsgesetz und nicht eine Konferenz, die irgend einmal tagen soll. Wenn man Finanzpolitik betreiben will, dann muß sie anders aussehen als bei uns im Lande Steiermark, denn hier ist es wirklich so, daß da eine freie Hand schaltet und waltet, und daß die Vertreter der Öffentlichkeit nur so viel Einblick in diese Gebarung gewinnen, als es dem zuständigen Finanzreferenten lieb sein mag, aber nicht mehr und nicht weniger. Und doch haben wir ein Recht, vom Finanz-

referenten zu fordern, daß er endlich trachtet, auch im Lande eine Finanzwirtschaft einzurichten, die den Wünschen und berechtigten Forderungen der Bevölkerung zu entsprechen vermag, daß er festlegt, daß auch für den Finanzreferenten dieses Landes die Gesetze gelten, und daß er nach den Wünschen der Vertreter der Bevölkerung seine Finanzpolitik einzuteilen hat, und nicht, daß seine Wünsche und seine freie Hand in finanzpolitischen Dingen das oberste Gesetz dieser Körperschaft des Landes zu sein habe. Er komme mir nicht mit der Ausrede auf die Konferenz. Wir haben auch in anderen Ländern und in anderen großen Körperschaften, zum Beispiel in der Gemeinde Graz, die auch mit ähnlichen Verhältnissen zu rechnen haben, es in diesem Jahre schon erlebt, daß sie imstande waren, ein ordnungsmäßiges Budget aufzustellen. Ich gebe mich nicht der Hoffnung und Überzeugung hin, daß der Finanzreferent imstande sein wird, ein zuverlässiges Budget von Dauer und dessen Grenzen eingehalten werden, zu erstellen. Die Verhältnisse können es leicht mit sich bringen, daß dieser Rahmen gesprengt werden muß. Aber wir haben das Recht, vom Herrn Finanzreferenten zu verlangen, daß überhaupt ordnungsmäßig gewirtschaftet wird, und daß wenigstens der gute Wille gezeigt wird, gesetzmäßig zu wirtschaften, daß das Bemühen sichtbar ist, einen ordentlichen Rahmen und Boden zustande zu bringen, auf dem eine Wirtschaft aufgebaut werden kann. Und wenn dann wirklich die Verhältnisse derartige sind, diesen Rahmen zu sprengen, dann wird der Herr Finanzreferent wieder die Vertreter der Bevölkerung zu befragen haben, wie er seine weitere Finanzpolitik einzurichten hat. Gewissenhafte Vertreter dieser Bevölkerung können es nicht verantworten, daß immer und immer wieder durch Provisorien, durch Schlamperei — ich meine das nicht persönlich — durch Schlamperei nach dem Prinzip der freien Hand in diesem Lande in finanzieller Beziehung gewirtschaftet wird. Wir haben kein Sterbenswort davon gehört, wie die Finanzen des Landes überhaupt aussehen. Außer den Mitgliedern des Finanzausschusses, die vielleicht einen kleinen Teil davon wissen, was im Finanzreferat des Landes geschieht, wird kein Mitglied dieses hohen Hauses, außer es genießt die persönliche Bekanntschaft des Herrn Finanzreferenten, wird kein Mitglied des Hauses irgend etwas wissen, wie die Finanzen in diesem Augenblicke im Lande stehen, welche Pläne der Finanzreferent hat und wie er es sich vorstellt, daß es möglich wäre, eine normale ordnungsmäßige Wirtschaft in diesem Lande zu erzielen.

Meine Herren, ich meine, wenn der Herr Finanzreferent uns vielleicht einreden will, daß die ungeklärten Verhältnisse, das heißt die ungeklärte Kompetenz in finanziellen Fragen des Landes und des Bundes, es nicht möglich machen, das Budget zu vollenden, so meine ich, ist es doch allen klar und nur ein Versteckenspielen, wenn wir es nicht einbekennen, daß es nicht möglich sein wird, ohne eine neuerliche Belastung einzelner Teile der Bevölkerung unser Auskommen zu finden, und daß es daher notwendig sein wird, neue Einnahmen zu schaffen, damit wir die Möglichkeit haben, den Haushalt und die Wirtschaft dieses Landes einigermaßen aufrecht zu erhalten. Ich meine, dadurch, daß der Herr Finanzreferent das Aufstossen der Steuerfragen neuerlich hinauschiebt, indem er von Monat zu Monat durch ein neuerliches Provisorium sich eine neuerliche Schlamperei bewilligen läßt, dadurch werden diese Fragen nicht gelöst, dadurch werden sie nicht aus der Welt geschaffen werden und deshalb wird es immer nötig sein, sich darüber zusammenzusetzen, um einen Weg zu finden, auf dem es möglich ist, neue Einnahmen dem Lande zu erschließen. Selbstverständlich ist es, daß wir nicht in der Lage sind, die Vorschläge des Finanzreferenten ganz ohne weiteres hinzunehmen. Es ist notwendig, daß wir uns solche Vorschläge genau ansehen. Aber andererseits wissen Sie, meine Herren, von meinen Vorrednern und aus unseren jedesmaligen Erklärungen bei der Budgetdebatte, daß wir ohneweiters einsehen, daß es notwendig ist, die Finanzwirtschaft in Ordnung zu bringen, daß wir dies sogar selbst fordern und wir auch bereit sind, mitzuarbeiten bei der Erschließung neuer Einnahmequellen. Wir verweigern nicht unsere Mithilfe, aber meine Herren, Sie dürfen sich selbstverständlich unsere Mithilfe nicht so vorstellen, daß Sie vorzuschlagen und wir zu schweigen hätten. Sie müssen selbstverständlich darauf gefaßt sein, daß wir uns gestatten werden, auch ein Wort mit herein zu reden, weil wir wissen, daß wir kein Vertrauen zum Finanzreferenten haben können, ja um so weniger auch zu Ihnen ein Vertrauen haben können, da Sie es verabsäumen, die Interessen der Industriebevölkerung in einem Maße zu wahren, wie es notwendig erscheint. Bei der Behandlung der angeschnittenen Frage der neuen Steuern hat sich der Herr Kollege *Hartleb* bemüht gefühlt, darauf hinzuweisen, daß nicht nur die Einnahmen der Landwirte gestiegen seien, sondern daß auch alle anderen Preise gestiegen seien und wenn ich recht unferrichtet bin, daß auch die Preise der Löhne der Arbeiter entsprechend gestiegen seien. Ja, meine Damen und

Herren, das ist eine selbstverständliche Sache in der Zeit der ungeheuerlichen Preiserhöhungen, die wir durchgemacht haben. Aber richtig ist, daß die Preise der agrarischen Produkte in einem Maße gestiegen sind, das keinen Vergleich aushält mit dem Steigen der Preise beinahe jedweder anderen Produkte, daß aber die Steigerung der landwirtschaftlichen Produkte vor allem keinen Vergleich aushält mit der Steigerung der Löhne der Arbeiterschaft. Bei gemeinsamen Beratungen mit den Vertretern der Industrie und der Arbeiterschaft wurde festgestellt, daß der Durchschnitt der Löhne der Industriearbeiterschaft das 500- bis 800fache erreicht hat und es steht andererseits ziemlich fest, daß die Löhne der Landarbeiter im allgemeinen nur zirka das 100- bis 400fache erreicht haben, dabei bin ich noch sehr generös bei den Ziffern, denn in den meisten Fällen wird das 400fache der Friedenslöhne nicht erreicht, während vielfach die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte sicher das 1000- bis 2000fache, ja sogar schon das 4000fache erreicht haben. Ich möchte beispielsweise nur darauf verweisen, daß Butter heute schon gegen 4000 K kostet (Zwischenruf: „4600 K!“), während sie im Frieden 1 K bis 1 K 20 h gekostet hat; (Abgeordneter *Schreckenthal*: „mehr“!) mehr nicht. Ich möchte darauf verweisen, daß die Milch im Frieden 20 h per Liter gekostet hat, während sie heute bereits bis zu 400 K kostet, daß sie also das 2000fache erreicht hat. Ich möchte weiter darauf verweisen, daß zum Beispiel die Eier 6 h per Stück gekostet haben, ja mitunter sogar noch billiger waren und heute zirka 120 K kosten, also jedenfalls auch das 2000fache erreicht haben. Wenn wir uns die Mühe geben würden, und uns zusammensetzen und eine Liste aller agrarischen Produkte herstellen würden, so würden wir finden, daß gegenüber der erstellten Indexziffer für die Industrieartikel und den Löhnen der Arbeiterschaft die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte einen Vergleich absolut nicht aushält, weil einfach die landwirtschaftlichen Artikel in eine ungeahnte Höhe gegenüber der Friedenszeit gestiegen sind. Nun, meine Damen und Herren, hat schon mein Kollege *Leich* in darauf hingewiesen, daß Sie es ohneweiters in der Hand hätten, in den Kreisen, die Sie mitunter auch zu den Agrariern rechnen wollen, die wir aber durchaus nicht gesonnen sind unter den Titel „Agrarier“ einzubeziehen, nämlich die Kleinbauern, daß diese schwer unter den bestehenden Verhältnissen leiden und sie nicht imstande seien, höhere Lasten auf sich zu nehmen. Ich gestehe es Ihnen zu, daß es den Kleinbauern nicht so rosig geht, wie vielleicht mancher an-

nehmen mag, aber meine Herren, es wäre interessant, vielleicht die Probe auf das Exempel zu machen und zu untersuchen, welche Ursachen dies haben mag. Vielleicht kämen wir darauf, daß es gerade Ihre Preispolitik ist, die verursacht, daß heute schon wieder der Kleinbauer gezwungen ist, zum Teile jene ersparten Kronen aus der Sparkasse herauszunehmen, die er während des Krieges einzulegen imstande war, und wenn Sie diese Bauern schützen wollen, dann werden Sie an uns jederzeit einen Helfer finden. Wir werden jederzeit bereit sein, Ihnen Konzessionen zu machen, daß diese Leute nicht schlechter behandelt werden dürfen als die Arbeiter jeder anderen Kategorie, das kann ich Ihnen ruhig auch im Namen des Klubs erklären, wenn Sie sich vielleicht einbilden, daß ich ein weißer Rabe im Klub wäre, obwohl das schon wiederholt von verschiedenen Kollegen gesagt worden ist. Und wenn Sie wirklich die Absicht haben, die Ihnen mein Kollege Leichin zugestimmt hat, gerade diese Kleinbauern zu vertreten und zu schützen, dann kann ich Ihnen sagen, daß Sie hierbei die wärmste Unterstützung von Seite unserer Parteigenossen finden werden, aber meine Herren, eine andere Frage ist dabei zu erwägen. Ich habe bisher gefunden, daß Sie gegenüber der Bevölkerung am Lande, wenn Sie mit Ihrem Parteischild hinauskommen, auf dem Schild ein kleinen Mann abgebildet haben, während dahinter der große Mann sich versteckt. Wir finden, daß Sie immer die Interessen der Kleinbauern in den Vordergrund schieben und dabei aber die Interessen der großen Besitzer, der Großagrarier gemeint haben. Und da ist es nicht möglich, daß wir imstande wären, uns zu finden, weil wir auf dem Standpunkte stehen, daß der Großbauer, der Großgrundbesitzer, der für seine Preise ein so Vielfaches gegenüber dem Friedensstande erreicht hat, auch in der Lage ist, in demselben Ausmaße auch seine Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit, gegenüber den öffentlichen Körperschaften zu erfüllen. Wir lasten der Industrie Steuern auf, wir lasten den Arbeitern Steuern auf, wir lasten allen anderen Schichten im Staate Steuern auf und auch Sie, meine Herren, werden nicht in der Lage sein, gerade für die agrarische Bevölkerung des Landes fortwährend gegen eine ebenfalls gleichmäßige Belastung sich zu wehren, Sie werden schließlich und endlich auch einsehen müssen, daß es nicht anders geht, als daß auch Sie in Ihren Kreisen, unter der grünen Fahne, jene Opfer zu bringen bereit sind, die die Allgemeinheit braucht, wenn unsere Finanzen nicht überhaupt zusammenbrechen sollen. Sie können nicht verlangen, daß die industrielle Bevölkerung fortwährend neue

Lasten auf sich nimmt, während auf der anderen Seite auf seinen Äckern und Wiesen oder auf der Jagd der unbelastete Großagrarier stolz einherfährt und lächelt über die dummen industriellen Arbeiter und über die industrielle Bevölkerung, die fortwährend neue Lasten auf sich nimmt, während sie immer wieder frei ausgehen. Das wird vielleicht mit ein Moment dafür sein, daß der Finanzreferent es scheut, ein ordentliches Budget zu erstellen, das Gegenstand der Beratung in dieser Körperschaft sein könnte, aber ich meine, der Finanzreferent wird sich irren, wenn er meint, daß diese Frage später leichter zu lösen sein wird, als es heute der Fall ist. Vielleicht würde der Finanzreferent später nur gezwungen sein, um so tiefer auch in den Säckel seiner Parteigenossen zu greifen, wenn es uns nicht beizeiten gelingt, ein ordentliches Budget im Landtage zur Beratung zu bringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; ich schließe daher die Debatte und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Saloschnigg: Entgegen den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Leichin muß ich als Obmann des Finanzausschusses vor allem richtigstellen, daß Herr Landesrat Prisching an allen Sitzungen des Finanzausschusses teilgenommen hat. (Abgeordneter Leichin: „Der Beweis läßt sich nicht erbringen!“) Der Herr Landesrat Prisching wird übrigens bei der Budgetdebatte, die hoffentlich noch im Monate Mai abgeführt werden wird, Gelegenheit nehmen, auf die heute gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu antworten (Landesrat Kessel: „Sie haben kein Recht, für den Finanzreferenten hier Erklärungen abzugeben.“ Abgeordneter Hartleb: „Er spricht als Obmann des Finanzausschusses!“ Widerspruch bei den Sozialdemokraten, lebhafter Unruhe.)

Vorsitzender Präsident Kölbl (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe, der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter Saloschnigg (fortfahrend): Was nun die vom Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraß erwähnte 2000prozentige Auflage auf den Mietzins anbelangt, so meine ich, wird diese Auflage bei den Sozialdemokraten hauptsächlich deshalb Widerstand finden, weil Sie sich wahrscheinlich mit dem Gedanken tragen, nach dem Muster Wiens eine Wohnbausteuer einzuführen, die tatsächlich eine bedeutend schwerere Belastung der Konsumenten darstellt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Schließlich war ja auch die Stadtgemeinde Graz gezwungen, Konsumsteuern einzuführen, ich verweise nur auf die Verzehrungssteuer, die eine furchtbare Belastung der konsumierenden Bevölkerung darstellt. Wenn der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz** von einer Schonung der Agrarier gesprochen hat, bitte ich die beiden Vorschläge zur Kenntnis zu nehmen, die der Finanzreferent Ihnen unterbreitet hat, nach denen die Agrarier sicher in weitgehender Weise der finanziellen Lage des Landes Rechnung tragen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es ist das eine 100prozentige Umlage auf die 30fache Erhöhung der Grundsteuer oder eine 3000prozentige Umlage auf die alte Grundsteuerbasis, und wenn Sie diese Ziffern vergleichen, so sind von dem ganzen Umlagenertragnis von 470 Millionen Kronen die Agrarier mit über 50 Prozent, also mit 294 Millionen Kronen befreit. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Vorsitzender Präsident **Köbl** gibt das Glockenzeichen.) Ich möchte auch diesen Vorwurf zurückweisen, daß die bürgerlichen Parteien versuchen, die Budgetberatung zu verzögern. (Landesrat **Reisel**: „Sind Sie Referent oder Vertreter der bürgerlichen Parteien?“) Ich bitte, ich möchte nur feststellen, daß die bürgerlichen Parteien keineswegs die Budgetbehandlung verzögern wollen und daß in Wien die Verhandlungen im Zuge sind. Es sind in Wien Verhandlungen eingeleitet, das Bundesfinanzgesetz zu novellieren, und es wäre unsachlich, wenn man zur Budgetberatung schreiten würde, bevor man endgültig die Grundlagen der neu novellierten Bundesfinanzverfassungsgesetzes kennt. Daß der Herr Finanzreferent sich ernstlich Mühe gegeben hat, die Finanzen des Landes zu sanieren, dafür ist ein Beweis, daß er sieben Bedeckungsvorschläge brachte, die im Finanzreferate ausgearbeitet wurden und von denen drei den Parteien zur Kenntnis gebracht wurden. Ubrigens bitte ich nicht zu vergessen, daß auch von sozialdemokratischer Seite der Versuch gemacht wurde, die Mitwirkung bei der Budgetberatung von Konzessionen abhängig zu machen, die in der Fürsorgeabgabe und Zusammenlegung von Gemeinden den Parteien gemacht werden sollten, Konzessionen, die die bürgerlichen Parteien nicht zugeben konnten. (Abgeordneter **Muchitsch**: „Bezüglich der Fürsorgeabgabe werden wir noch reden, ob Sie Ihren Plan durchbringen werden. Das sind keine Konzessionen, wenn Sie davon reden, dann täuschen Sie sich, Sie sind unfähig, den Beweis zu erbringen.“)

Vorsitzender Präsident **Köbl** (das Glockenzeichen gebend): Der Herr Referent hat das Wort.

Berichterstatter **Saloschnigg** (fortfahrend): Ich möchte neuerdings zur Kenntnis bringen, daß auf der Länderkonferenz am 19. April der Herr Stadtrat **Breitner** ebenso wie die Finanzreferenten aller anderen Länder erklärt haben, daß sie nicht in der Lage sind, auf Grund des derzeitigen Finanzgesetzes ein Budget zu erstellen und gerade Steiermark hat noch die detailliertesten Bedeckungspläne beibringen können. Das ist ein neuerlicher Beweis, daß gerade unser Finanzreferent sich möglichst bemüht hat, auf Grund der gegebenen Sachlage das Möglichste zu tun. Ich bitte nun neuerdings, aus den von mir eingangs erwähnten Gründen um Annahme des Budgetprovisoriums für weitere zwei Monate.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Pongraz**: Der Herr Berichterstatter hat den Versuch unternommen, nachzuweisen, daß in den Bedeckungsvorschlägen des Finanzreferenten gut gesorgt worden sei, daß auch die Agrarier zu höheren Leistungen herangezogen werden. Ich habe schon früher erklärt, daß die Grundsteuer im Jahre 1914 2 Millionen Kronen betragen hat und jetzt wird der Vorschlag gemacht, daß die Agrarier 294 Millionen Kronen zahlen sollen, das wäre ungefähr 150mal so viel wie im Frieden. Wenn nun die Lebensmittelpreise auch nur um 150mal sich erhöht hätten, dann könnte man den Vorschlag aufheben. Wenn Sie sich auf die hohen Preise der industriellen Artikel berufen, so sage ich, daß die Grundlage jeder Teuerung die Lebensmittelpreise sind. Auf diese Lebensmittelpreise bauen sich nun die Preise für die Industrieartikel, die Löhne der Arbeiter, kurz die ganze Teuerung auf. So muß das dargestellt werden. Über Ihre Vorschläge haben Sie eine Woche beraten und Sie sind noch der Meinung, daß dies viel zu viel sei, und von den Agrariern nicht getragen werden kann. Wenn Sie die Finanzen sanieren wollen, so müssen auch Sie sich zu großen Opfern bereit finden. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß angesichts des Umstandes, daß Sie die Steuerscheu fortsetzen wollen, wir in den Ländern an einem Punkte angelangt sind, wo wir fragen müssen, ob bei der schweren finanziellen Krise das Land weiter bestehen kann oder nicht. Die städtische Bevölkerung kann sich nicht durch den Landtag Millionenlasten auferlegen lassen, während Sie aber möglichst wenig Steuern zahlen, dabei aber das große Wort führen wollen. Wenn Sie darauf verweisen, daß die Stadtgemeinde Konsumsteuern eingeführt hat, so trägt es die Bevölkerung, weil die Stadtgemeinde in ihrer großen Not nichts anderes machen konnte, als die Verzehrungssteuer weiter zu belassen. Aber eine Steuer auf Mehl und Getreide

durch das Land gibt es nicht. Ich muß erklären, daß wir für das Budgetprovisorium schon aus dem Grunde nicht stimmen können, weil es ein zweimonatiges sein soll. Es muß im Laufe des Monats Mai endlich Ordnung gemacht werden.

Landesrat Refel: Hohes Haus! Es ist sehr bezeichnend, daß sich in der jetzigen Zeit, in der man annehmen muß, daß die Vertreter aller Bevölkerungskreise von dem Ernste der Situation, in der sich der Staat und die Länder befinden, vollständig durchdrungen sind, niemand darüber aufregt, daß eine Finanzwirtschaft getrieben wird, die meines Erachtens nur zur Verschlamung führen kann. Seinerzeit wurde ein dreimonatiges Budgetprovisorium angesprochen. Wir haben damals schon erklärt, es werde innerhalb zweier Monate Zeit sein, den Voranschlag und die Bedeckungsvorschläge zu erstellen, um doch einigermaßen uns ein Bild über die Finanzlage des Landes zu geben. Es ist doch jedem klar, daß die Wirtschaft nicht so weiter gehen kann, daß, wenn dem Lande die Gelder ausgehen, man einfach zum Finanzminister betteln geht und von ihm wieder neue Gelder verlangt. Es gibt gar keine Ursache, ein Budget, sagen wir nach den heutigen Wertziffern und Bedeckungsvoranschlägen nicht zu erstellen, weil das Bundesfinanzgesetz bereits erschienen, und ja die Möglichkeit geboten ist, einen Überblick zu gewinnen. Ich will mich auf die Bedeckungsvorschläge des Finanzreferenten, die bisher nirgends zur Beratung gestanden sind, nicht weiter einlassen. Sie waren weder Gegenstand der Verhandlungen des Finanzausschusses, meines Wissens, noch Gegenstand einer Beratung der Landesregierung, kommen daher vorläufig bei der parlamentarischen Behandlung des Budgets gar nicht in Betracht. Es ist mir daher vollständig unerfindlich, wie der Herr Berichterstatter, der namens des Finanzausschusses zu berichten hat, und ansonsten gar nichts, von verschiedenen Dingen weiß, die nirgends verhandelt wurden und Erklärungen namens des Finanzreferenten und namens der Parteien abgibt. Mit welchem Rechte werden von ihm solche Erklärungen abgegeben? Haben die Herren die Sprache verloren, daß Sie selbst nicht mehr auf das, was hier gesagt wird, erwidern können? Oder glauben Sie, daß die Zeiten schon so sind, daß Sie durch eine solche Ignoranz uns totmachen können? Ich glaube, das ist ein großer Irrtum und es ist das meines Erachtens nicht nur unanständig, sich auf diese Weise aus der Schlinge zu ziehen, sondern politisch sehr unklug. Glauben Sie, daß wir uns von Ihnen alles bieten lassen? Glauben Sie, daß wir uns behandeln lassen, wie es Ihnen ge-

rade gefällt? Haben Sie kein parlamentarisches Empfinden? Es ist ein Wunder, daß der Herr Finanzreferent oder Vorstand der christlichsozialen Partei nicht den Landhausportier beauftragt, Erklärungen abzugeben. Der kann mit viel mehr Recht als der Herr Berichterstatter namens des Finanzreferenten eine Erklärung abgeben. Das ist ein Bediensteter. Sie aber sind der Berichterstatter einer vom Lande eingesetzten Körperschaft, Sie haben sich zu solchen Handlangerdiensten, auch wenn Sie Landesbeamter sind, nicht herzugeben. (Abgeordneter Schreckenthäl: „Ist das parlamentarisch?“) Das ist parlamentarisch. (Abgeordneter Schreckenthäl: „Er ist hier Abgeordneter.“ Abgeordneter Eiselberger: „Das ist unanständig.“)

Vorsitzender Präsident Kölbl (das Glockenzeichen gebend): Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Eiselberger wegen des Ausdruckes „unanständig“ den Ordnungsruf.

Landesrat Refel (fortfahrend): Das ist vollständig parlamentarisch. Wenn sich jemand unanständig benimmt, kann man nicht anders antworten. Hier ist weder von Anstand noch Unanständigkeit die Rede gewesen, sondern davon, daß sich der Berichterstatter eines vom Landtage eingesetzten Ausschusses zu derartigen Handlangerdiensten nicht hergeben darf. Wir haben im Finanzausschusse erklärt, daß wir einen Eilezustand nicht wollen, und daß wir bereit sind, für ein einmonatiges Budgetprovisorium zu stimmen. Die Herren wollen aber ein zweimonatiges. Innerhalb eines Monats aber, nachdem wir schon zwei Monate vorberaten haben, also innerhalb des dritten Monats wird es wohl möglich sein, mit dem Voranschlage in Ordnung zu kommen. Aber wenn man vielleicht auf dem Standpunkt steht oder sich auf den Standpunkt stellt, es helfe so alles nichts, wir können uns so und so nicht retten, wir gehen so und so zugrunde, und solche Erklärungen sind im Finanzausschusse wiederholt gefallen, dann begreife ich diese Art der Behandlung des Landesvoranschlages, diese Art der Verwaltung der Landesfinanzen. Dann begreife ich aber nicht, wie mit dieser Anschauung die Handlungen des Herrn Finanzministers des Bundes in Einklang zu bringen sind. Dr. Gürkler schüttelt die Steuern nur so heraus, er hat erst in den letzten Tagen, um mehr Geld einzunehmen, einen Akt vollbracht, der weder mit der parlamentarischen Gepflogenheit, noch mit der Verfassung recht in Einklang steht. Es soll das Zollgesetz eingebracht werden. Der Finanzminister hat kurzweg auf Grund einer Ermächtigung eine Verord-

nung in Bezug auf die Goldparität erlassen. Wenn die Bundesregierung derartige Anstrengungen macht, um den Staat aufrechtzuerhalten und der Staat besteht aus Gliedern, den Ländern, und unter den Ländern ist unser Land eines der bedeutendsten. Wenn nun in den Ländern ein solcher Standpunkt eingenommen werden würde, könnten wir ja auch sagen, der Staat sei nicht mehr zu retten. Es gibt Leute, die sagen, hilft so alles nichts. Aber die Bevölkerung ist nun einmal da und muß heute und in Zukunft leben und wir müssen deshalb in Ordnung kommen, wenn wir nicht weiß was erleben wollen. Dazu gehört auch die Ordnung der Landesfinanzen. Jeder Aufschub ist jetzt meines Erachtens nur von Schaden. Wir müssen darangehen, die Sache in Ordnung zu bringen und wir sehen nicht ein, daß dazu ein Zeitraum von zwei Monaten erforderlich ist. Wir sind bereit, für ein einmonatiges Budgetprovisorium zu stimmen, nicht aber für ein zweimonatiges. Wenn wir übereinstimmt werden, werden wir dafür Sorge tragen, daß nach diesen zwei Monaten diese Wirtschaft nicht weitergehen kann, weil wir sie nicht weitergehen lassen dürfen, wenn wir nicht mitverantwortlich werden wollen für das, was im Lande geschieht, wenn die Finanzen nicht in Ordnung gebracht werden. (Beifall.)

Abgeordneter Leichin: Der Herr Berichterstatter Saloschnigg hat sich zum Beschützer des Finanzreferenten aufgeworfen und erklärt, daß der Finanzreferent bei allen Sitzungen des Finanzausschusses anwesend gewesen sei. Ich bitte den Herrn Berichterstatter Saloschnigg, daß er die Protokolle nachlieft, wenn er schon ein kurzes Gedächtnis hat, und er wird finden, daß meine Ausführungen auf Wahrheit beruhen. Der Herr Berichterstatter hat ferner erklärt, daß man auf Grund der Ausführungen des Stadtrates Breifner endlich zu dem Entschlusse gekommen ist, daß man das Budget endgültig nicht feststellen kann. Ich wundere mich, daß man immer wieder auf den sozialdemokratischen Stadtrat Breifner sich beruft. Waren es nicht die Christlichsozialen, die in gemeinster Art über die Wirtschaft der Gemeinde Wien Kritik übten; waren nicht sie diejenigen, die immer hingezigt haben, daß Wien jene Stadt ist, welche die Bevölkerung mit ungeheuren Steuern auswürgt und bewuchert? Und nun stützen sie sich auf jenen Mann, den sie in jeder Nummer der Reichspost und im Volksblatt beschmutzen. Es ist eine ganz merkwürdige Art der Politik, daß man durch den Mann, den man als größten Feind der Bevölkerung erklärte, nunmehr hofft, vielleicht vom Bunde mehr Steuern zu bekommen, daß man ferner mit Hilfe der Konsum-

steuern im Lande das hereinbekommt, was man für die Wirtschaft des Landes braucht. Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß Sie ausschließlich mit den Konsumsteuern das Budget in Ordnung bringen werden. Ich glaube ganz gerne, daß es dem Finanzreferenten angenehm sein würde, wenn er die 4prozentige Fürsorgeabgabe allein für die Ausgabe des Landes verwenden könnte, jene Fürsorgeabgabe, von der die Christlichsozialen seinerzeit mit den Bauernbündlern erklärt haben, zwei Prozent seien unmöglich, das kann das Land nicht ertragen. Dann sind die zwei Prozent auf Ihr Betreiben auf ein Prozent herabgesetzt worden. Und weil jetzt der Bund Sie zwingt, diese Steuer einzuführen, jetzt beanspruchen Sie diese Steuer für das Land allein. Diese Abgabe, die die industrielle Bevölkerung trägt, soll ausschließlich für agrarische Zwecke verwendet werden. Das dürfen Sie nicht glauben, daß wir, wenn schon die Herren Deutschnationalen nichts dazu sagen und die Bauernbündler dazu ja und amen sagen, daß wir zustimmen. Es ist unmöglich, daß immer wieder der städtischen Bevölkerung allein diese Steuer aufgehakt wird, und zwar unter Schonung der landwirtschaftlichen Kreise. Der Referent des Finanzausschusses Saloschnigg hat erklärt, die Grundsteuer sei 3000mal größer. Ja, Herr Referent, Sie müssen aber auch untersuchen, wie tief die Grundsteuer war, daß sie nicht annähernd den Verhältnissen im Frieden entsprochen hat, daß sie schon im Frieden nichts anderes war als ein Schutz der agrarischen Interessen und jetzt noch lange nicht der heutigen Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte entspricht. Es wundert mich sehr von einem Beamten, daß er so für die agrarischen Kreise eintritt, von einem Beamten, der selbst unter der Not und dem Elend der städtischen Bevölkerung zu leiden hat. Die Grundsteuer hat der Finanzreferent ursprünglich auf 300 Prozent erhöht, hat aber erreicht, daß die Grundsteuer auf 100 Prozent herabgesetzt wurde. Die Hausklassensteuer, die ist noch die einzige Steuer, die die Landwirte trifft, ist lächerlich niedrig. Daß die Personaleinkommensteuer den Landwirt nicht erfaßt, das wissen Sie alle. (Oho-Rufe.) Mit Ihrem Schreien beweisen Sie gar nichts, sondern nur, daß die Tatsachen Ihnen sehr unangenehm sind. Wir können sagen, daß wir diese Art der Belehrung und Ankündigung, wie sie der Referent des Finanzausschusses vorgebracht hat, wozu er nicht beauftragt war, uns nicht gefallen lassen werden, daß wir dafür sorgen werden, daß auch die landwirtschaftlichen Kreise einigermaßen zu den Ausgaben des Landes herangezogen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter **Krawagna**: Ich hätte wahrlich nicht das Wort ergriffen, aber die Politik einzelner Parteien hier ist sehr sonderbar. Wenn Sie beispielsweise die großdeutsche Partei nehmen, die sich auf der einen Seite über die Tätigkeit des Finanzdechantes des Landes, wie sie ihn nennen, in den Versammlungen draußen nicht genug auslassen können, während sie auf der anderen Seite sich bemühen, ein Landblatt, das Obersteierblatt, zu benützen und in einem Leitartikel losziehen, daß die Sozialdemokraten und Christlichsozialen in besonderer Eintracht im Lande Subventionen für Parteizwecke einheimisen, so müssen wir dies richtigstellen. Wenn sie in der Weise in den Versammlungen losziehen und erklären, diese Sawirtschaft im Lande trägt die Schuld, daß die armen Beamten und Pensionisten zugrunde gehen müssen, und in der Weise noch mehr auf die Entwertung der Krone hingearbeitet wird, daß der Herr Finanzreferent des Landes Steiermark sich nicht bemüht, irgend welche neue Steuern herauszubringen, sondern einfach der Finanzdechant seine Tätigkeit darin sieht, nach Wien zu fahren, um die Notenpresse der Regierung in Anspruch zu nehmen, um so die Finanzen des Landes zu retten; so kommt es mir sehr sonderbar vor, daß diese Partei bei dem Budgetprovisorium, das die Christlichsoziale Partei auf weitere zwei Monate verlangt, einfach stillschweigt. Es muß die Wähler sonderbar anmuten, daß diese Herren an kompetenter Stelle zur gegebenen Zeit den Mund nicht aufmachen, sich nicht zum Worte melden, sondern einfach stillschweigend das Budgetprovisorium bewilligen und der Sawirtschaft in der Form weiterhelfen, daß der Finanzreferent zwei Monate unüberprüft schalten und walten kann, wie er will. Da muß man doch die Frage aufwerfen, entweder sind diese Herren politisch so unanständig, um das draußen entsprechend auszusprechen, ungerechterweise, oder sind sie nicht fähig infolge bürgerlicher Solidarität, die Fehler auch dann aufzuzeigen, wenn diese vorhanden sind. Das sage ich als sozialdemokratischer Beamter, das ist etwas, womit wir den nationalen Beamten draußen endlich die Augen öffnen werden, welche Politik Sie treiben. Draußen sind Sie Beamtenvertreter und im Lande sind Sie dafür, daß auch auf Mehl 8 K. Landesauflage gelegt wird. (Landesrat Dr. Hübler und Präsident Dr. Dantine: „Das wissen Sie ja nicht!“) Sie wissen nicht, daß die Bevölkerung draußen 8 K. Zoll auf Mehl entsprechend schwer drückt und infolgedessen müssen wir die Frage aufwerfen. Es ist gewiß nicht anständig und nicht am Platze, wenn eine Partei derart handelt und auf der

anderen Seite nicht anständig, wenn die Christlichsoziale Partei glaubt, sich von einem Häuflein Bauernvertreter führen zu lassen und sich andererseits Volkspartei nennt, in Wirklichkeit aber eine Politik treibt, die nur den Großagrariern dient. Ich spreche nicht gegen die Kleinbauern, aber ich sehe, daß die Politik, die Sie hier treiben, eine Agrarpolitik ärgster Sorte ist, die mit Volkspolitik nie gemeinsam marschieren kann. Die Agrarier entziehen sich der Steuerleistung im Lande und im Bunde in jeder Art und Weise, in Wien durch die Christlichsozialen und Bauernbündler in der Nationalversammlung, im Lande Steiermark versuchen sie das durch Zusammengehen der Bauernbündler und der Christlichsozialen und ihnen leisten auch die Großdeutschen Gefolgschaft in der Form, daß sie für alles stimmen und den Mund nicht aufmachen, wo sie ihn aufmachen sollen. So entziehen Sie sich auf der einen Seite den Steuern und auf der zweiten Seite schützen Sie Getreide und Mehl dadurch, daß Sie einen Schutzzoll von 8 K. auferlegen wollen, damit Sie keine Konkurrenz im Lande haben. Hier sage ich es offen, der kleine Bauer hat nichts davon, weil er kein Getreide und Mehl verkaufen kann, aber die Großagrariere haben etwas davon und das ist die wahre Politik, die Sie treiben. Sie schreiben in den Zeitungen, im Volksblatt usw., daß die städtische Bevölkerung, die Beamtschaft und die Pensionisten zugrunde gehen müssen und auf der anderen Seite treiben Sie eine Politik, womit Sie den Armsten der Armen auch noch 8 K. auf Mehl aufschlagen wollen. Das ist keine Volkspolitik mehr. Es ist das wahrlich nicht die richtige Politik, daß Sie der armen städtischen Bevölkerung, die dem Hungertode nahe ist, auch noch einen derartigen Zoll auferlegen wollen, und daß man sich dabei noch so hinausspielt, als ob man sich für die Hebung der Krone einsetzen wolle, und da mag der Herr Dr. Weidenhofer im Grazer Gemeinderate schreiben wie er will. Auf der anderen Seite gehen in den gesetzgebenden Körperschaften die Großdeutschen mit den Christlichsozialen gemeinsam vor und sie nehmen ein Budgetprovisorium nach dem andern in Anspruch, um ja nicht der Bevölkerung dieses Landes gegenüber Rechenschaft geben zu müssen. Das ist eine Politik, die gebrandmarkt werden muß. Es ist der Zwischenruf gefallen, wir verlangen für die Bewilligung des Budgets ein entsprechendes Entgegenkommen für unsere Partei, wir verlangen die Fürsorgeabgabe. Diese ist aber doch keine Kompensation dafür, diese ist ja seinerzeit schon nur für Fürsorgezwecke gedacht gewesen; nun wollen Sie diese Fürsorgeabgabe, um

sich auf der anderen Seite keine neuen Steuern aufzubürden. Anstatt Schutz gegen Tuberkulose und kranke Kinder, die elend zugrunde gehen müssen, und sie zu schützen, wo noch eingegriffen werden muß, um eine entsprechende Menschheit herauszubringen, wollen Sie diese Fürsorgeabgabe für sich in Anspruch nehmen, um die Finanzen des Landes zu retten, um die Bauern von der Steuerleistung zu befreien. Wenn die Fürsorgeabgabe auch von der Großindustrie bezahlt wird, erarbeitet wird sie vom arbeitenden Volke und die, die die vier Prozent bezahlen, sind nur die Hinträger der Steuer. Auf der anderen Seite haben wir die Lohnverhandlungen, bei welchen es zum Ausbruche kommt, daß wir nicht konkurrenzfähig sind, und insolgedessen ist es eine Steuer der industriellen Bevölkerung und soll auch dieser zugeführt werden und kann die Fürsorge auch nur in den Städten entsprechend gemacht werden. Wir sehen ja bei der Fürsorgeabgabe, wie Sie im Lande mit dem Gelde wirtschaften, nehmen Sie nur den Voranschlag zur Hand, da finden Sie Zuschüsse und Subventionen für alle möglichen Vereine und Institute, die Ihrer Partei angehören. Da können wir den Vorwurf zurückweisen, den das Obersteirerblatt gebracht hat. Ich glaube, daß der Artikelsschreiber wohl niemand anderer ist als der Herr Landesrat Hübler, denn es sind dieselben Worte, die er in der Versammlung gebracht hat. Wir stellen fest, daß wir die Interessen des Landes vertreten und wir sagen, ein zweimonatiges Provisorium wäre nicht notwendig, denn der Herr Finanzreferent ist gewiß in der Lage, noch in diesem Monate für ein ordentliches Budget die entsprechenden Vorarbeiten zu leisten. Wenn er diese Arbeiten bis heute noch nicht gemacht hat, so müssen wir ihm den Vorwurf machen, daß er sich auf die letzten Tage verlassen und das Finanzreferat nicht ordentlich geführt hat. Die Steuervorschläge, die gebracht wurden, sind für die städtische Bevölkerung unannehmbar, und wenn Sie diese Steuervorschläge durchsehen, so finden Sie, daß sie nur eine Belastung der städtischen Bevölkerung sind, die heute diese Lasten nicht mehr fragen kann. Wenn ich heute aufgestanden bin und beim Budget gegen dieses Provisorium gesprochen habe, so weiß ich mich einig mit der städtischen Bevölkerung und mit der gesamten arbeitenden Menschheit. Es geht nicht an, daß sich auf der einen Seite die Agrarier und die Bauern immer und immer wieder von den Steuern fernhalten, auf der anderen Seite diese ganzen Lasten der städtischen Bevölkerung aufzuerlegen. Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraz hat bereits ausgeführt, daß wir für ein ein-

monatiges Budgetprovisorium gestimmt hätten, daß wir aber nicht in der Lage sind, für ein zweimonatiges Budgetprovisorium zu stimmen.

Landesrat Refel: Hoher Landtag! Mir ist mitgeteilt worden, daß von Einzelpersonen, die ich vorläufig nicht nennen will, der Versuch unternommen worden ist, die Berichterstatter der bürgerlichen Presse hier im Landtage dahin zu beeinflussen, daß sie von dieser Debatte möglichst wenig Akt nehmen, und daß sie darauf verweisen, daß es ja eine ordentliche Blamage der Sozialdemokraten sei, wenn auf ihre Ausführungen nicht geantwortet werde. (Landesrat Doktor Hübler: „Ist das eine Blamage? Die Presse wird selbst wissen, was sie zu tun hat.“) Sie haben wirklich eine kühne Stirne, das hätte ich Ihnen nicht zugemutet. (Landesrat Dr. Hübler: „Ich bitte, das ist eine Ehre für mich!“) Ich stelle das bloß fest; sich darüber weiter zu äußern, wird unsere Sache sein. Aber wenn Sie glauben, daß Sie dadurch dem Urteil der Bevölkerung entkommen, indem Sie schweigen, nicht um uns zu blamieren, sondern um sich selbst die Blamage zu ersparen, so ist das ein Irrtum; dieses Urteil wird Ihnen nicht erspart bleiben. (Abgeordneter Schreckenthal: „Wir werden schon bei der Budgetdebatte reden.“)

Vorsitzender Präsident Kölbl: Es meldet sich niemand mehr zum Worte, die Debatte ist geschlossen und ich bringe den Beschluß des Finanzausschusses dahingehend, die auf Grund der Landtagsbeschlüsse vom 22. Dezember 1921 und 4. März 1922 für die Monate Jänner, Februar, März und April 1922 provisorisch eingehobenen Landesumlagen sind im gleichen Ausmaße provisorisch bis Ende Juni 1922 weiter einzuheben, zur Abstimmung und ich eruche die Damen und Herren, welche für diesen Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Hiermit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Folgender Antrag wurde eingebracht (verliest die Überschrift, siehe Verzeichnis Seite 781).

Dieser Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werden.

Folgende Anfragen wurden eingebracht (verliest die Überschriften, siehe Verzeichnis Seite 782).

Diese Anfragen werden unverzüglich gestellt werden.

Die Sitzung des Eisenbahnausschusses findet am 3. Mai 1922 um 2 Uhr nachmittags in dem Bibliothekzimmer des Landhauses statt.

Die nächste Sitzung des Landtages und die Tagesordnung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 6 Uhr 15 Min. nachmittags.)

Anhang.

I.

Anfrage

der Abgeordneten Friepfister, Saringer und Genossen an die steiermärkische Landesregierung (Landhaus) wegen Erhaltung der Bezirksstraßen im Bezirke Voitsberg.

Der Bezirk Voitsberg hat nebst der Besorgung der ihm gesetzlich obliegenden Verwaltungssachen 126 Kilometer Bezirksstraßen mit zusammen 54 Straßenbrücken und 49 größeren Durchlässen zu erhalten. Im letzten Dezennium hat er 21 größere Straßenbrücken und mehrere Durchlässe aus definitivem Materiale (Eisenbeton), für den Lastenautomobilverkehr geeignet, erbauen lassen und hiezu die Geldmittel größtenteils im Kreditwege beschafft.

Der normierte Stand des Straßenerhaltungspersonales beträgt: 1 Straßenmeister, 31 Straßenwärter und die fallweise nach Bedarf aufzunehmenden Straßenhilfsarbeiter; der derzeitige Stand der Straßenarbeiter ist auf 19 Mann gesunken, da zwölf Straßenwärter und sämtliche Hilfsarbeiter wegen unzureichender Entlohnung den Bezirksdienst verlassen haben. Weitere Dienstentsagungen von Straßenwägern stehen bevor.

Die Straßenwärter des Bezirkes Voitsberg erhalten bei zehnstündiger Arbeitszeit gegenwärtig einen Monatslohn von 16.680 K bis 20.832 K, was einem Taglohne von 640 K bis 800 K gleichkommt, während die bei Bergbau- und Industrieunternehmungen beschäftigten Tagelöhner bei achtsündiger Arbeitszeit einen Schichtenlohn von 2000 K bis 2400 K und darüber erzielen, welcher Umstand das fluchtartige Verlassen des Bezirksdienstes begründet.

Die reinen Personalauslagen, einschließlich der Lebensmittelzuschüsse für die Angestellten und ihre Familien und die Krankenkassebeiträge samt Anhang, erfordern trotz des bedeutend reduzierten Standes an Straßenarbeitern und trotz ihrer unzureichenden Besoldung, einen monatlichen Aufwand von rund 823.000 K, welchem die aus den Bezirksumlagen resultierenden monatlichen Bezirkseinkünfte von rund 98.000 K (seit Februar 1922 158.000 K) gegenüberstehen.

Bisher hat der Bezirk diese Personalauslagen aus dem letzten Reste der ihm von der Sparkasse der

Stadt Voitsberg gewährten Kredite und aus Darlehen von der Landes- beziehungsweise Bundesregierung per 700.000 K, beziehungsweise 750.000 K bestritten; fällige Zahlungen in der Höhe von rund 700.000 K konnten aber nicht mehr beglichen werden.

Im Bezirke Voitsberg sind 10 Braunkohlenbergbaue, 3 Glasfabriken, 1 Papierfabrik, 1 Zellulosefabrik, 4 Holzstofffabriken, 1 Holzwarenfabrik, 1 Schuhwarenfabrik, 5 Marmorsteinbrüche und eine große Anzahl Sägewerke.

Der außerordentliche Verkehr vieler schwerer Lastenautomobile hat die Bezirksstraßen nach eingetretenem Tauwetter in einen fast unfahrbaren Zustand versetzt, welcher sich täglich verschlechtert. Die mit großen Kosten neu erbauten Betonbrücken entbehren bereits des nötigen Deckschotter, die Betonfahrbahnen laufen infolgedessen Gefahr, in kurzer Zeit durchgefahren und für den Schwerfuhrwerksverkehr unbrauchbar zu werden, wodurch ein großes Volksvermögen zugrunde ginge.

Der Erhaltung der Bezirksstraßen im Bezirke Voitsberg kommt eine ganz besondere Bedeutung zu, weil der Zustand der Straßen im engen Zusammenhange mit den Bergbau- und Industriebetrieben steht.

Die Vernachlässigung der Bezirksstraßen wird für diese Unternehmungen von den nachteiligsten Folgen sein. Der Bezirk Voitsberg nimmt infolge seiner ausgedehnten Bergbau- und Industrieunternehmungen unter den Bezirken des Landes Steiermark eine Sonderstellung ein, die auch für die hohen Arbeits- und Fuhrlohne sowie für die Materialpreise ausschlaggebend ist. Es sei hier nur angeführt, daß für eine achtsündige Schotterfuhrschicht 12.000 K gezahlt werden müssen und ein Kubikmeter Schotter an die Verwendungsstelle gestellt auf 5000 bis 6000 K zu stehen kommt.

Der Verwaltungsausschuß ist bestrebt, die Unternehmungen zur Leistung von Straßenerhaltungsbeiträgen im weitmöglichen Maße heranzuziehen, doch genügen die ihm zukommenden Mittel nicht einmal für eine entsprechende Entlohnung der beihabenden Straßenwärter.

Aus dieser Ursache können auch die fehlenden Straßenarbeiter nicht ergänzt und das erforderliche Straßenerhaltungsmateriale nicht beschafft werden.

Seine finanzielle Notlage hat der Bezirksverwaltungsausschuß des öftern in ausführlichen Berichten, mit ziffernmäßigen Aufstellungen, allen seinen vorgelegten Stellen bekanntgegeben, ohne daß ihm auch

nur die notwendigsten Mittel, welche die Straßenerhaltung erfordert, von irgend einer Seite zugegangen wären.

Ohne wirklich ausreichende Mittel ist der Bezirksverwaltungsaußschuß aber nicht imstande, den anerkannten schlechten Straßenzustand zu verbessern, und der weiteren Vernachlässigung der Straßen entgegenzutreten.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Was gedenkt die Landesregierung (Landhaus) zu tun, um dem Bezirksverwaltungsaußschusse die Möglichkeit zu geben, die Bezirksstraßen in einen gut fahrbaren Zustand herzustellen und zu erhalten und hiedurch die Bergbau- und Industrieunternehmungen vor einer schweren Schädigung zu bewahren?“

A. Saringer.

Stameß.

G. Uhrner.

G. Krawagna.

Peter Friepfinger.

Anton Weizelberger.

Köfller.

M. Ruschak.

II.

Anfrage

der Abgeordneten Lang, Dr. Kammerer, Riemer, Kaspar und Genossen wegen der enormen Tarifierhöhung der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft.

Die letzte Tarifierhöhung der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft hat unter allen Teilen der Bevölkerung der Weststeiermark die größte Erbitterung hervorgerufen.

Durch diese Tarifierhöhung in Verbindung mit den stets steigenden Preisen aller Bedarfs- und Verpflegsartikel wird die Bevölkerung der Weststeiermark in die äußerste Notlage versetzt und gegenüber der Bevölkerung der übrigen Landesteile im Verkehrsleben nahezu erdrückt.

Laut Note der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, Zl. 23 E 5/1, beträgt die Erhöhung der Tarife das 1500- bis 3000fache der Vorkriegspreise, wogegen eine durchschnittliche Steigerung um das 1000fache angenommen wird.

Die Gefertigten stellen daher die Anfrage:

„Ist der Landesregierung die enorme Tarifierhöhung bekannt und ist die 1500- bis 3000fache Tarifierhöhung gegenüber der Vorkriegszeit richtig und gerechtfertigt, im verneinenden Falle was gedenkt die Landesregierung zu tun, um solche Übergriffe abzustellen?“

Graz, am 2. Mai 1922.

Dr. Kammerer.

A. Lang.

J. Riemer.

F. Kaspar.

K. Jaklitsch.

J. Zingl.